

Bezirkskonferenz der DKP Saarland, 1. Dez. 2019, Neunkirchen

Entschließung 2:

Widerstand gegen Nationalismus - Antisemitismus - Rassismus und Demokratieabbau

Wir erleben gegenwärtig eine nahezu weltweit zu beobachtende Rechtsentwicklung, und deutliche Stärkung rechtskonservativer, nationalistischer, rassistischer und faschistischer Kräfte. Diese Entwicklung stellt sich in einzelnen Staaten unterschiedlich dar auf der Grundlage der historisch-politischen und kulturellen Bedingungen. Unterschiedlich stark ausgeprägt und in einer eigenen Dynamik zeigen sich verschiedene Strömungen der Rechtsentwicklung; um es an Personen darzustellen - von Macron über Seehofer und die AfD bis Salvini/Italien und Bolsonaro/Brasilien.

Im Ergebnis konnten politische Regierungskonstellationen wie in Österreich und Italien entstehen – verbunden mit einem Umbau der bürgerlichen Demokratie in Richtung eines reaktionären Obrigkeits- und Überwachungsstaates. Begleitet wird dies vom Abbau sozialer Rechte und einer weiteren Umverteilung von unten nach oben. (autoritärer Neoliberalismus)

Die hohen Wahlergebnisse der faschistoiden AfD bei den Landtagswahlen dieses Jahres in den Bundesländern Sachsen, Brandenburg und Thüringen bestätigen die Befürchtungen demokratischer Kräfte. Im Saarland konnte die AfD bei der Kommunalwahl d.J. ihren bescheidenen Erfolg der Landtagswahl nicht wesentlich ausbauen. Doch in den Städten Völklingen, Neunkirchen, Homburg erreichte sie um die 10%, in Sulzbach und Friedrichsthal noch mehr.

Seit mehreren Jahren wird bei Untersuchungen des Massenbewußtseins festgestellt, dass 20% der Bevölkerung ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben. Dieser Anteil ist im letzten Jahrzehnt angewachsen. Befördert wurde dies durch die ausländerfeindliche und rassistische Hetze der AfD und von etablierten rechtskonservativen Kreisen, vor allem aus der CSU, auch aus CDU und SPD. Längst sind im öffentlichen Leben sprachliche Dämme gebrochen. Rassismus und menschenverachtende Sprüche werden offen geäußert, auf Plakaten, im Netz, schriftlich, am „Stammtisch“ sowieso.

Befördert wird diese „Stimmung“ durch die Unfähigkeit und auch Weigerung die vor Krieg, Verfolgung und elendem Leben flüchtenden Menschen aufzunehmen und zu integrieren; eine Fluchtbewegung, die durch die Außenwirtschafts- und Kriegspolitik der NATO-Länder hervorgerufen wurde und anhaltend fortgesetzt wird.

Soziale Ursachen der Rechtsentwicklung im Bewusstsein sind die Unsicherheit in der arbeitenden Bevölkerung, vor allem auch in den „Mittelschichten“; die Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung, die Sorge vor einem sozialen Abstieg und des real sich vollziehenden Abstiegs und ausbreitenden Armut. Vor allem in strukturschwachen Regionen und Städten, in denen das Leben vieler Menschen von sozialen Problemen und Zukunftssorgen bestimmt wird, fällt die rechte Hetze zusätzlich auf fruchtbaren Boden.

Das Verhältnis zur AfD im konservativen politischen Spektrum ist sehr differenziert. Neben strikter Abgrenzung, vor allem wegen des Antisemitismus, gibt es auch Übergänge. Die Meinungsäußerungen und Vorschläge aus der CDU Thüringen u.a. machen deutlich, dass eine rechtskonservativ-rechtsnationalistische Regierungskoalition in der BRD in Zukunft nicht auszuscheiden ist.

Bürgerlich demokratische Journalisten und Medien decken immer wieder Beispiele strukturellen rechten Bewusstseins in Staatsschutzorganen und Justiz auf. Nach Auffassung des neuen

Bezirkskonferenz der DKP Saarland, 1. Dez. 2019, Neunkirchen

Präsidenten des sog. Verfassungsschutzes betreibt die AfD „eine Gratwanderung“ und es bleiben nur Einzelpersonen im Visier. Dieser Inlandsspitzeldienst ist selbst tief mit dem Rechtsextremismus und Neofaschismus verstrickt.

Ausgehend vom unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Selbstverständnis und eigenen Zielen werden in Medien, politischen Instituten, Gewerkschaften u.a. Ursachen der Rechtsentwicklung aufgearbeitet und Gegenstrategien ausgearbeitet. Es gibt allerdings bei der politischen Linken, einschließlich der DKP-Führung, keine fundierte marxistische Analyse zu der gefährlichen Entwicklung rechtsextremer Parteien und dem nahezu weltweiten Anwachsen des Nationalismus und rechter, antihumanistischer Bewegungen.

Notwendig wäre eine Aufarbeitung der Ursachen für die Rechtsverschiebung im Bewusstsein der Arbeiterklasse, der nach rechts gewendeten Wut gegen die kapitalistischen Verhältnisse. Diese Entwicklung ist zu einem enormen Hemmschuh für einen Politikwechsel in den kommenden Jahren geworden. Ein großer Teil der arbeitenden Menschen wird gegen ihre eigenen Interessen mobilisiert, bis weit hinein in die Gewerkschaften.

Es braucht deshalb Bewegung und Druck gegen rechtes Gedankengut und Rassismus - und soziale Bewegungen für einen radikalen Politikwechsel zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse der arbeitenden und von Arbeit ausgegrenzten Menschen. Es braucht Widerstand und Druck auf die Regierungen und Kommunen, damit die Rechtsentwicklung nicht hingenommen wird.

Im Saarland gibt es vielfältige Initiativen, Gruppen und Bewegungen in denen sich Bürger*innen engagieren. Politisch außerordentlich wichtig ist die Tätigkeit der antifaschistischen Organisation der VVN-Bund der Antifaschist*innen. Wichtig ist weiterhin das Wirken der Antifa Saar, Blockade Saar und anderer örtlicher Aktionsgruppen im Kampf gegen Rechts. In mehreren Städten und Kommunen arbeiten Aktionsbündnisse „Bunt statt Braun“, die gegen Aufmärsche und Veranstaltungen rechter Gruppen und Organisationen mobilisieren. Arbeitsgruppen „Stolpersteine gegen das Vergessen“ leisten Erinnerungsarbeit über die Opfer des Faschismus und den Widerstand und wirken damit in die Öffentlichkeit.

In vielen dieser Gruppen und Initiativen arbeiten Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und religiöser Bekenntnisse zusammen, Kommunist*innen mit Vertreter*innen all dieser verschiedenen bürgerlichen und sozialdemokratischen Auffassungen. Mit ihren Losungen protestieren sie gegen rassistische und faschistoide Zusammenrottungen und setzen Zeichen für Demokratie - für bürgerliche Demokratie - und gegen Rassismus.

Die bisherigen Erfahrungen im Saarland, in anderen Bundesländern und auf Bundesebene zeigen, behördliche und gesetzliche Maßnahmen zur sog. Verstärkung der öffentlichen Sicherheit für die Bürger*innen dienen in erster Linie der Überwachung demokratischer Aktivitäten und dem Abbau demokratischer Rechte. Die CDU/SPD - Landesregierung profiliert sich auch dabei in besonderem Maß, u.a:

- Mehr Abschiebungen von Asylbewerber*innen und Geflüchteten, Durchsetzung des inhumanen ANKER-Zentrum in Lebach;
- Erweiterung der Videoüberwachung und automatisierten Kennzeichenerfassung;
- Einsatz von Body-Cams für Polizisten auch in Wohnungen;
- flächendeckender Einsatz von Elektroschockern (Fasern) bei der Polizei (Kosten 700.000 € Lt. Sbr.Ztg. 2019-11-27)

Bezirkskonferenz der DKP Saarland, 1. Dez. 2019, Neunkirchen

- Durchsetzung des nur noch durch den extremen Nationalismus der türkischen Regierung begründeten Verbots der PKK; Kurdinnen und Kurden erleiden Repressalien durch PKK-Verbot;
- Gängelung und Bedrohung antifaschistischer Projekte durch begrenzte Förderdauer.

Wir halten gegenwärtig Widerstand gegen Rechts, gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und Engagement für den Erhalt demokratischer Rechte, für Humanismus und Solidarität als grundlegende Aufgaben kommunistischer Politik.

Die DKP Saarland unterstützt alle Initiativen, die sich dieser Rechtsentwicklung mit öffentlichen Aktionen widersetzen. Zugleich stellen wir Forderungen bzw. unterstützen diese, die sich an bürgerlich-parlamentarische Institutionen richten. Wir rufen die Mitglieder der DKP auf, sich entsprechend ihren Möglichkeiten und politischen Bedingungen im Kampf gegen Rechts einzusetzen.

Aktuell fordern wir die Rückgängigmachung der Aufhebung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA. Wir rufen alle demokratischen Kräfte und Personen auf gegen diese existenzbedrohende Maßnahme zu protestieren und sich für die Aufhebung einzusetzen.

Von der Politik fordern wir:

- in der Bildungspolitik:
 - die Ausweitung des Unterrichts über den deutschen Faschismus und die Einbeziehung der besonderen Gedenktage: 30. Januar, Machtübergabe an die Nazis; 8. Mai, Tag der Befreiung vom Faschismus; 9. November, Reichspogromnacht
 - mehr antifaschistische Unterrichtsinhalte an den Schulen. Jede Klasse sollte mindestens einmal in ihrer Schulzeit eine antifaschistische Gedenkstätte in der Region besuchen.
- in der Kommunalpolitik:
 - eine politisch begründete Ausgrenzung der AfD
 - keine formalen Zulassungen von Aufmärschen u.ä. rechter Gruppierungen
 - politisch-ideelle, personelle und finanzielle Unterstützung von örtlichen Initiativen gegen Rechts
- in der Landespolitik:
 - eine politisch begründete Ausgrenzung der AfD im Landtag
 - die Aufnahme des 8. Mai, des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, als Gedenktag in die Landesverfassung. Damit würde ein wichtiger Beitrag geleistet, ein antifaschistisches Massenbewußtsein zu fördern.
- des Weiteren fordern wir:
 - Stopp aller Bestrebungen in den Städten die Video-Überwachung auszuweiten!
 - Stopp aller Bestrebungen in Internet und Telekommunikation die Überwachung auszubauen!
 - Durch Änderung der Gesetze muss jegliche staatliche Finanzierung und sonstige Unterstützung von neonazistischen und rassistischen Gruppen, Organisationen und Parteien eingestellt werden.
 - Durch ihre sogenannten V-Leute haben die Geheimdienste die Naziszene mit Geld und warnenden Informationen versorgt sowie Ermittlungen bewusst behindert. Wir fordern deshalb die Abschaffung aller V-Leute und die Auflösung der Geheimdienste.

Bezirkskonferenz der DKP Saarland, 1. Dez. 2019, Neunkirchen

- Verbot jeglicher rassistischer, neofaschistischer und ausländerfeindlicher Propaganda und Aktivitäten, sowie ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen entsprechend dem antifaschistischen und antirassistischen Auftrag des Grundgesetzes.
- die Sperrung aller Internet-Dienste mit rassistischen, sonstigen menschenverachtenden, dem humanistischen Inhalt des Grundgesetzes widersprechenden Inhalten!
- Wir appellieren an die Programmverantwortlichen und die Redakteur*innen von Funk und Fernsehen der AfD u.a. keine Auftritte zu ermöglichen.
- Wir appellieren an alle demokratischen Journalist*innen deren frauenfeindlichen und familienreaktionären, die sozialreaktionären und nationalistisch-rassistischen programmatischen Auffassungen zu entlarven und zu verbreiten.
- Die Justiz muss endlich aufhören, den Feinden der Demokratie Freiräume zu gewähren. Menschen, die versucht haben neofaschistische Demonstrationen zu verhindern, dürfen nicht juristisch belangt werden. Laufende Verfahren müssen eingestellt werden.

einstimmig beschlossen